

1 »Jede und jeder sorgt für sich, soweit sie oder er dazu imstande ist. Nur wenn das jemand nicht kann, dann helfen die anderen.
2 Oder auch nicht. Man arbeitet bloß dann zusammen, wenn man etwas nur gemeinsam schafft. Oder selbst dann nicht. Wenn
3 ich allein nicht weiterkomme, helfen die Familie oder Freunde. Wenn die etwas nicht lösen können, übernimmt die Gemeinde,
4 wenn Gemeinden etwas allein nicht können, koordiniert das Land, wenn Länder etwas nicht schaffen, macht es der Staat. In
5 Europa gibt es darüber hinaus noch die EU und global die UNO. Oder eben nicht. Man nennt das Subsidiaritätsprinzip." (Marc
6 Elsberg)

7 Antrag der Ökologischen Plattform zum Bundesparteitag

8 **Sozial gerechte und ökologische Regionalplanung mit** 9 **dezentraler Wirtschaft und Bildung, rechtlicher und** 10 **finanzieller Lenkung**

11
12 Kompakte Siedlungsstrukturen mit örtlichen Wirtschaftskreisläufen sind lange schon einer
13 räumlichen Trennung von Wohnort, Arbeitsleben, Freizeitvergnügen und sozialen Kontakten
14 gewichen. In Baden-Württemberg mit seiner starken Automobilindustrie, kommt dem PKW
15 zur Beförderung heute eine dominierende Bedeutung zu, der öffentliche Personen-
16 nahverkehr ist nur in städtischen Ballungsräumen ausreichend entwickelt. Doch immer
17 stärker werden die Schattenseiten dieser Automobilität sichtbar. Immense Pendlerströme
18 überlasten die Straßen, Auto- und LKW-Verkehr bringt gesundheitsschädigenden Lärm und
19 Luftschadstoffe in die Gemeinden, der Ressourcenverbrauch ist gewaltig genauso wie der
20 Ausstoß klimaschädlicher Emissionen.

21
22 Immer mehr wertvoller Freiraum fällt dem Straßenausbau und neuen Logistikgewerbeflächen
23 zum Opfer. Öffentlicher Raum in den Städten wird durch die hohe Kfz-Dichte unattraktiv und
24 verödet. Der fortschreitende Ausbau der Hochleistungsverkehrsinfrastruktur löst die
25 skizzierten Probleme nicht, überfordert jedoch schon heute im Unterhalt die
26 Straßenbaulastträger. Mobilität wird zudem stetig teurer, denn die Ära des billigen Öls neigt
27 sich dem Ende zu. Mobil zu sein ist durch diese historisch gewachsenen räumlich getrennten
28 Strukturen Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe, doch immer mehr Menschen
29 können diesen Preis nicht mehr bezahlen. Die hohe Geschwindigkeit des Verkehrs führt zur
30 Zersiedelung und erzeugt so eigene Raumstrukturen. Es überwiegen die Kapitalinteressen
31 von Großkonzernen, die nur an Rendite denken und nicht an die Interessen der Menschen.
32 60% der Gütertransporte können durch regionales Wirtschaften vermieden werden. Der
33 Preis des Gütertransports muss abhängig von der Transportdistanz gemacht werden, um
34 diese verfehlten Entwicklungen einzudämmen.

35
36 Für DIE LINKE liegt dem sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft eine andere
37 Perspektive zugrunde: die solidarische regionale Strukturpolitik. Die Teilhabe der
38 Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen, wie wir Energie erzeugen, wie wir
39 Handel betreiben, wie wir produzieren wollen und in wessen Besitz sich Netze,
40 Produktionsanlagen oder auch die Stadtwerke befinden, schafft die notwendige Akzeptanz,
41 auch auf lokaler Ebene, für die Frage, wie wir eigentlich leben wollen.

42
43 Notwendig ist ein anderes Herangehen an die Regionalpolitik. Politische Eingriffe
44 und Vergünstigungen können das Ausbluten der strukturärmeren Regionen stoppen.
45 Universitäten und Fachhochschulen sowie öffentliche Einrichtungen und Behörden
46 können in die Regionen verlagert werden. Es ist ein Anreizsystem für
47 Unternehmensgründungen zu schaffen (Kap 5).

48
49 Es geht darum, ein fühlbares Gegengewicht gegen die Anziehungskraft der "Cluster"
50 aufzubauen. **Das Ziel ist immer, die Arbeit zu den Menschen zu bringen und nicht die**
51 **Menschen zur Arbeit.**

52 **1 Boden ist Gemeingut und keine Ware**

53 Alle Rufe nach mehr Bauen und nach billigerem Bauen sind ein politischer Holzweg und
54 ignorieren die Grenzen des Bauens. Solange die Zuwanderung in die Boomzentren nicht
55 deutlich abnimmt, wird sich an der Wohnungsnot in diesen Metropolregionen wenig ändern.
56 Statt kontraproduktive "Bauoffensiven" sind vielmehr effektive Wachstumsbremsen für
57 überhitzte Metropolregionen und eine aktive Regionalpolitik notwendig. Deutschland bewegt
58 sich derzeit in eine wohnungspolitische und regionalpolitische "lose-lose-Situation". Die
59 Boomregionen werden immer teurer, die Mieten explodieren, die Infrastrukturen werden
60 immer unzureichender und die Lebensqualität für die Mehrheit sinkt. In den Krisenregionen
61 dagegen verfallen ebenfalls die Infrastrukturen und auch hier nimmt die Lebensqualität
62 bedingt durch Abwanderung und Arbeitslosigkeit ab.

63 In Krisenregionen stehen ca. 2 Mio. Wohnungen leer, aber in den Boomzentren fehlen ca. 1
64 Mio. Wohnungen. Dort ist Boden knapp und die relative Knappheit des Bodens begrenzt das
65 Wohnungsangebot.

66 Boden ist eine endliche Ressource und in menschlichen Betrachtungszeiträumen nicht
67 vermehrbar. Sie zu schützen bedeutet die natürlichen Lebensgrundlagen für kommende
68 Generationen zu erhalten, planetare Grenzen anzuerkennen, und so einen ökologischen
69 Gesellschaftsvertrag zu erfüllen.

70 Die Entstehung von 10 cm fruchtbaren Bodens setzt 1.000 Jahre an Erosion, Witterung
71 und biologischen Zersetzungsprozessen voraus. Einmal versiegelte Böden sind für immer
72 verloren, denn sie verlieren ihre Funktionen für den Wasserhaushalt und das Klima,
73 stehen nicht länger als Lebensraum für Pflanzen und Tiere zur Verfügung und sind nicht
74 länger nutzbar für eine Landbewirtschaftung.

75
76 Dieses bedeutet, dass auf dem knappen, nicht vermehrbaren Boden nur die jeweils für
77 Bodenbesitzer und Bauträger lukrativste Nutzung realisiert wird und weniger lukrative
78 Projekte unterbleiben. Diese profitorientierten Projekte sind beispielsweise
79 Gewerbeimmobilien, Bürogebäude oder Hotels. Da außerdem seit einiger Zeit die
80 Wohnungspreise stärker steigen als die Mieten, werden bevorzugt Eigentumswohnungen
81 gebaut und keineswegs die benötigten günstigen Mietwohnungen.

82
83 Zusammengefasst: Es existieren in den Wachstumszentren einfach nicht genug ausreichend
84 schnell erschließbare Flächen. Die Marktmechanismen, die das Angebot und die Nachfrage
85 nach Wohnungen in Übereinstimmung bringen sollen, gibt es nicht. Der Markt kann nicht für
86 mehr Flächen und für ein bezahlbares Wohnungsangebot sorgen, die politischen
87 Eingriffsmöglichkeiten sind begrenzt und die Menschen können nicht beschließen, ab sofort
88 nicht mehr zu wohnen.

89
90 Doch der Wanderungsdruck wird aufrechterhalten. Wanderungen in die Wachstumszentren
91 werden weniger durch persönliche Vorlieben oder hippe kulturellen Neigungen ausgelöst,
92 sondern sind weitestgehend durch die Investitions- und Beschäftigungsentwicklung sowie in
93 zweiter Linie durch die Hochschulentwicklung zu erklären.

94 Die Menschen ziehen von Städten und Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und hier vor
95 allem auch Jugendarbeitslosigkeit in Regionen mit mehr und mit besseren Jobs. Und dabei
96 handelt es sich vor allem um eine innereuropäische Wanderung. Seit der europäischen Krise
97 ab 2008 sind viele Menschen aus Italien, Griechenland oder auch aus Portugal in die
98 deutschen Wachstumszentren gezogen. Dies zeigt das Totalversagen von Standortpolitik.

99
100 Die Wirtschaft und vor allem die großen Unternehmen agieren und investieren weiterhin
101 völlig ungerührt von regionalen Erfordernissen oder gar von der Wohnungsnot. Aufgrund der
102 Produktivitätscluster wandern Investitionen und damit Arbeitsplätze in einige wenige
103 Ballungsräume, weil das betriebswirtschaftlich für Konzerne und Unternehmen profitabel ist.
104 Mit diesen Standortentscheidungen wird der Boom weiter angeheizt und die Mietpreise in die

105 Höhe getrieben, was die ärmere Wohnbevölkerung vertreibt und damit die Gentrifizierung
106 insgesamt verschärft.

107

108 Warum nicht dort investieren, wo die Menschen nach wie vor dringend Arbeit brauchen?

109 Warum nicht dort für ausgezeichnete technische Unis für den wissenschaftlichen Nachwuchs
110 sorgen?

111

112

113 **2 Verkehrswachstum**

114 Auch die ökologische Wirkung dieser Regionalentwicklung ist negativ. Gelegentlich hört man
115 die Ansicht, die Metropolisierung sei ökologisch positiv zu bewerten. In den großen Städten
116 ließen sich der Verkehr und die Energiesysteme effizienter steuern als in einem stärker
117 dezentralisierten Raum. Auch die EU-Kommission geht davon aus. Zitat: "Cities are more
118 efficient in terms of energy and land-use and offer the possibility of a low-carbon lifestyle."
119 (Städte sind bezüglich Energie und Landnutzung effektiver und bieten die Möglichkeit eines
120 Niedrig-Karbon-Lebensstils). Auf den ersten Blick sprechen aber bereits die
121 Alltagserfahrungen in den Zentren gegen diese These. Wenn Metropolen ständig wachsen,
122 das Umland aufsaugen und gleichzeitig Wohnraum knapp und teuer wird, hat das auch
123 Konsequenzen für den Verkehr:

124

125 Die Zahl der Pendler steigt und mit ihnen die Verkehrs- und Umweltbelastung in und um die
126 Zentren. Eine neue Studie des Bundesinstituts für Raumforschung spricht davon, dass
127 inzwischen 60 %- der Berufstätigen in Deutschland Pendler sind. Sie zeigt auch, dass die
128 täglich zurückgelegten Strecken zugenommen haben und Anfahrten von oft mehr als 100 km
129 keine Ausnahmen sind.

130

131 In Deutschlands Großstädten stockt der Verkehr. In Stuttgart z.B. steht jeder Autofahrer pro
132 Jahr 46 Stunden im Stau. Mit Milliardenaufwand sollen neue Autobahnen wie z.B. der
133 Nordoststring um Stuttgart gebaut werden, was nur den Verkehr und damit den CO₂-Ausstoß
134 erhöht. Eine polyzentrische Siedlungsstruktur könnte dagegen die ökologischen Belastungen
135 minimieren.

136 Der individuelle Pendlerverkehr ist heute ein entscheidendes Problem. Der Autoverkehr
137 nimmt immer stärker zu. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs stagniert. So bleibt der
138 Anteil des ÖPNV am gesamten "Mobilitätsmarkt" laut Studie Mobilität in Deutschland 2017
139 bei unverändert 10%. Die Ressourcen werden immer noch zu stark in den Straßenbau und
140 dem Motorisierten-Individual-Verkehr (MIV) Verkehr investiert.

141

142 Stattdessen beherrscht eine unsinnige Schwerpunktsetzung auf Elektroautos die
143 Verkehrspolitik als könne man den Individualverkehr aufrechterhalten.

144

145 Aber es geht nicht nur um das Thema Verkehr: Die Zentralisierung von Arbeitsplätzen, wie
146 z.B. die Automobilcluster und Konsum führt darüber hinaus zu einer entsprechenden
147 Konzentration von Emissionen und Müll, von Wasser- und Energieverbrauch. Effizienter ist
148 es, das Verhältnis von Wohnbevölkerung und Arbeitsplätzen auszubalancieren und Anreize
149 für eine Stadt der kurzen Wege, Wohnen und Arbeiten zu schaffen.

150 **3 Umwelt und Metropolisierung**

151 **Das Fazit bezüglich der sozialen und ökologischen Auswirkungen der ungleichen**
152 **Regionalentwicklung lautet: Die Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Armut, vor**
153 **allem in den Verliererregionen, ist Bestandteil und Folge der regionalen Divergenz in**
154 **der Eurozone und steht in einem engen Zusammenhang mit ihr.**

155
156 **Zusätzlich zur individuellen Armut entwickelt sich in diesen Regionen eine wachsende**
157 **öffentliche Armut, die viele Aufgaben der staatlichen Daseinsvorsorge unfinanzierbar**
158 **macht und die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit verstärkt.**

159
160 **Aber auch in den wachsenden Metropolen selbst nimmt die soziale Spaltung zu,**
161 **steigende Mieten und Wohnungsmangel, bedingt durch die Binnenwanderung und**
162 **den permanenten Nachfrageüberhang (Gentrifizierung), erzeugen finanziellen Druck**
163 **und sinkende Lebensqualität. Die ökologischen Konsequenzen der Metropolisierung**
164 **sind eher negativ zu bewerten.**

165
166 **Im Wesentlichen gibt es für die unzureichende Bilanz der herkömmlichen Regionalpolitik drei**
167 **Ursachen:**

- 168 - insgesamt und vor allem die Marktkonformität der Regionalpolitik und die verfehlte
- 169 Konzeption einer wettbewerbsorientierten Kommunal- und Regionalpolitik.
- 170 - die staatliche Sparpolitik,
- 171 - den damit zusammenhängenden Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge

172
173 Die Sparpolitik zeigt sich anhand einiger weniger Zahlen: So beantragten die
174 Regierungsparteien 2016 bei ihrer eigenen Regierung für die kommenden Jahre eine
175 Festschreibung der Mittel für die "Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen
176 Wirtschaftsstruktur" (GRW) von lediglich 624 Millionen Euro pro Jahr. Das sind umgerechnet
177 0,2 % des Bundeshaushalts. Die Länder sind angehalten, aber nicht verpflichtet, noch einmal
178 dieselbe Summe draufzulegen. Die "Gemeinschaftsaufgabe", ein zentrales Element der
179 Regionalförderung, ist damit völlig unterfinanziert.

180
181 Die Politik der schwarzen Null, also der Zwang zu ausgeglichenen Haushalten, trifft die
182 (meisten) Länder und Kommunen in voller Härte. So beklagen die Sprecher der Deutschen
183 Kommunen regelmäßig deren Unterfinanzierung.

184 **4 Marktkonforme Kommunalpolitik**

185 Hinter diesem „Totsparen“ steht die Ideologie der Marktdominanz und Marktsteuerung. Der
186 Gedanke des Wettbewerbs und der Standortkonkurrenz ist auch in der Kommunalpolitik eine
187 zentrale Richtlinie. Gefördert wird nicht etwa mit dem Ziel, Schulen zu erhalten oder eine
188 flächendeckende Ausstattung mit Kliniken zu gewährleisten: Gefördert wird, um "Hilfe im
189 Wettbewerb" zu leisten. Und das hat mit Daseinsvorsorge für die Menschen gar nichts zu
190 tun. So formulieren die Regierungsparteien in ihrer EntschlieÙung zur
191 "Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur" (GRW): "Ziel muss es dabei sein, ...
192 die Wettbewerbsfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Regionen zu erhöhen, um
193 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen."
194

195 Mit dieser Konzeption und diesem Denken werden Kommunen in den Wettlauf zur
196 Gewinnung von Unternehmen gezwungen und die gesamte Kommunalpolitik deren
197 Gewinninteressen untergeordnet. Die wesentliche eigene Finanzierungsquelle der
198 Kommunen ist die Gewerbesteuer. Damit stehen sie im "Wettbewerb" untereinander und
199 müssen um Industrieansiedlungen konkurrieren. Wer in dieser Dumpingkonkurrenz die
200 besseren Karten hat, dürfte klar sein: Die Clustereffekte saugen die Investitionen in die
201 ohnehin reichen Zentren, die mit ihren Gewerbesteuereinnahmen dann auch noch die
202 besseren Infrastrukturen für Investoren bieten können. Die finanzschwächeren Kommunen
203 und Regionen haben in diesem Spiel kaum eine Chance.

204 Dieser Wettbewerb führt zu einer Zersiedelung in den Boomregionen. Nicht nur Bayern und
205 Baden-Württemberg hinken daher den Zielen zum Flächensparen hinterher. Hemmungslos
206 werden selbst an kleine Orte Gewerbe- und Industriehallen ohne Rücksicht auf die
207 Verkehrswege und Verfügbarkeit von Arbeitskräften in die Landschaft gestellt.

208 Mit Entwicklungskonzepten der Planungsbüros werden Leitbilder entworfen, die zumeist den
209 Wettbewerbsgedanken aufgreifen. So will man nicht nur mehr Arbeitsplätze und Wohnraum
210 für neue Einwohner schaffen, sondern auch die Kaufkraft abschöpfen. Einkaufsmärkte- und
211 Zentren entstehen mit überdimensionierten Verkaufsflächen, bilden die neuen Ortseingänge
212 oder umklammern mit den Logistikzentren die Ortschaften.

213 **5 Solidarische Regionalpolitik durch Investitionslenkung**

214 Notwendig ist ein anderes Herangehen an die Regionalpolitik. Politische Eingriffe und
215 Vergünstigungen können das Ausbluten der ärmeren Regionen stoppen. Universitäten und
216 Fachhochschulen sowie öffentliche Einrichtungen und Ämter können in die Regionen
217 verschoben oder neu aufgebaut werden. Daneben gibt es Steuererleichterungen für
218 Unternehmensgründungen in den Regionen.

219
220 Damit ist aber Regionalpolitik bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Wir brauchen Elemente
221 einer neuen Investitionslenkung, die eine solidarische Regionalentwicklung ermöglicht.
222 Regionalpolitik auf EU-, aber genauso auf nationaler Ebene versucht notwendigerweise auch
223 heute schon, Investitionsentscheidungen zu beeinflussen. Sie tut das in aller Regel durch
224 Subventionen. Diese Form von Subventionspolitik ist extrem unternehmerfreundlich und
225 teuer. Wer hat, dem wird gegeben, in der Hoffnung, dass damit noch ein paar positive
226 regionale Entwicklungseffekte herauspringen.

227
228

229 **5.1 Instrumente zur Investitionslenkung**

230

231 Notwendig ist etwas anderes vor - man könnte es auch "negative Subventionierung"
232 nennen: Investitionen in Boomregionen müssen verteuert und begrenzt werden. Eine
233 Investitionsbeschränkung und Verteuerung muss aber mit zwei Instrumenten
234 arbeiten:

235

a) Rechtlich

236 Übergeordnete Rechtsnormen begrenzen schon heute die kommunale
237 Selbstverwaltung. Hier wären z.B. Artikel 20a Grundgesetz zu nennen. Wir wollen
238 eine straffere Anwendung übergeordneter Normen zur Sicherstellung einer
239 nachhaltigen, intergenerationalen Bauleitplanung Seitens der Fachaufsicht (insb. § 1
240 Satz 5 und 7 des BauGB). Zudem muss insbesondere die Baunutzungsverordnung
241 grundsätzlich neu formuliert werden, um widerstandsfähige, integrierte
242 Siedlungsstrukturen herbeizuführen. Ausgehend von Forderungen Agenda 21 vom
243 Erdgipfel Rio 1992 regen wir an, vergleichbar mit dem Raumplanungsgesetz der
244 Schweiz, ein bilanziertes Null-Flächen-Wachstum festzuschreiben. Insbesondere in
245 Boom-Metropolen muss die Versiegelung un bebauter Böden mit ihren wichtigen
246 Funktionen unterbunden, punktuell sogar Infrastruktur zurückgebaut werden. Das Ziel
247 der Raumordnung muss in der Stärkung strukturarmer Räume liegen.

248

249

b) Finanziell

250 Die Gewerbesteuern für diese Boomzentren müssen erhöht und die steuerlichen
251 Abschreibungsmöglichkeiten (relativ) verschlechtert werden. Zusätzlich sollten die
252 Gewerbesteuern nach raumordnerischen Zielen und Entwicklungsnotwendigkeiten
253 gestaffelt werden. Die Höhe der Gewerbesteuer spielt eine Rolle bei Standort- und
254 Investitionsentscheidungen von Unternehmen. Zwar existieren derzeit bereits
255 unterschiedliche Steuersätze. aber diese Unterschiede sind offensichtlich zu gering,
256 um eine Lenkungswirkung zu entfalten und sie orientieren sich ohnehin nicht am
257 regionalpolitischen Ausgleich (Kommunale Selbstverwaltung).

258

259 Im Prinzip würde also gelten: Die Steuersätze werden systematisch an die
260 Arbeitslosenquote, eventuell auch an einige weitere Indikatoren gekoppelt. Je höher die
261 Beschäftigung, desto höher die Gewerbesteuer. Für die reichen Kommunen müssten die
262 Steuersätze im Vergleich zum derzeitigen Stand damit deutlich heraufgesetzt werden. Die
263 Mehreinnahmen, die Boomstädte dadurch erzielen würden, müssen sie an die Kommunen
264 und Regionen mit den niedrigeren Gewerbesteuern abführen. Sie sollen dort dazu dienen,
265 der weiteren Verarmung dieser Kreise und Gemeinden entgegenzuwirken. Ein solches
266 Steuersystem müsste neben einer regionalpolitisch differenzierten Gewerbesteuer auch
267 unterschiedliche steuerliche Abschreibungssätze für Investitionen beinhalten. In den

268 schwächeren Regionen werden durch entsprechend verbesserte Abschreibungs-
269 möglichkeiten Investitionen rentabler gemacht als in den Boomzentren. **Alternativ könnte**
270 **ein Umlageverfahren analog dem Länderfinanzausgleich geschaffen werden.** Dieses
271 Verfahren könnte ergänzt werden durch steuerliche Anreize zur Vermeidung von weiteren
272 Flächenverbrauch.

273

274 Es ginge darum, ein fühlbares Gegengewicht gegen die Anziehungskraft der "Cluster"
275 aufzubauen. Das Ziel ist immer, die Arbeit zu den Menschen zu bringen und nicht die
276 Menschen zur Arbeit.

277

278 DIE LINKE will die Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer weiterentwickeln. Ziel
279 ist, die Einnahmen der Gemeinden zu erhöhen und diese verlässlicher – d.h. von der
280 konjunkturellen Lage unabhängiger – zu gestalten. Hierzu ist die Bemessungsgrundlage zu
281 verbreitern: Alle unternehmerisch Tätigen sollen in die Gewerbesteuer einbezogen werden,
282 auch sog. freie Berufe wie Steuerberater oder Architekten, die bislang von der Zahlung der
283 Gewerbesteuer ausgenommen sind. Kleine Gewerbebetriebe und Freiberufler sollen
284 steuerlich entlastet werden können. Andererseits sollen Mieten, Pachten, Leasingraten und
285 Lizenzgebühren in voller Höhe bei der Ermittlung der Steuerbasis berücksichtigt
286 werden. Diese würde um obige Vorschläge erweitert werden

287

288

289 **5.2 Regionale Wirtschaftskreisläufe gedeihen lassen**

290 Bleibt die Frage, nach der Art und Ausrichtung der Investitionen: Dieser Aspekt der
291 regionalen Wirtschaftskreisläufe ist bisher stark unterbewertet. Regionalisierung kann den
292 Aufbau von Arbeitsplätzen in der jeweiligen Region fördern, sie kann vor allem aber auch
293 ökologisch sinnvoll sein. Besonders deutlich wird das an der Regionalisierung der
294 Energieerzeugung. Der Übergang zu regenerativen Energien in der Energiewirtschaft schafft
295 die Möglichkeit und auch die Notwendigkeit zu einer Dezentralisierung. Denn die Sammlung
296 von Regenerativen ist eine kleinteilige und über die Fläche verstreute Aktion. Insofern liegt
297 es nahe, dass die kommunale Energiewirtschaft, die Stadtwerke, die flächendeckend vor Ort
298 arbeitenden Energiefachleute, den Kern von Energiewirtschaft und Energiepolitik bilden
299 müssen, nicht die Großkonzerne mit ihren oft weit außerhalb der Ballungsräume liegenden
300 Großkraftwerken.

301

302 Und um diese Kerne der Energiewirtschaft herum können sich neue, regionale
303 Produktionsnetze bilden. Ein wesentlicher Vorteil der Regionalisierung von
304 Produktionskreisläufen kann ist auch der Rückgang des Verkehrs. Wo nicht mehr
305 grenzüberschreitend nach dem Prinzip des billigsten Standortes produziert und die
306 hergestellten Güter dann zu immensen Umweltkosten quer durch ganz Europa transportiert
307 werden, fallen die Umweltbelastungen durch die "rollenden Lager" weg.

308 Hier besteht auch ein Ansatz zur Förderung von Regionalisierung: Die Transportkosten
309 müssen deutlich erhöht werden. Wenn es unrentabel wird, Güter quer durch Europa zu
310 transportieren, die auch regional produziert und verteilt werden könnten, entsteht ein Raum
311 für die Ausdehnung lokaler und regionaler Produktionen.

312 Durch zusammenarbeitende Akteure und Verflechtungen im Mikrokosmos mit
313 Kleinstrukturen, mittelständischen Betrieben sind eine Vielzahl von Existenzen mit
314 existenzsicherndem Einkommen möglich. Integration von Betrieben in den Orten,
315 Verzahnung mit der Landwirtschaft im Umland, statt weniger Großunternehmen mit wenigen
316 Arbeitsplätzen, durchrationalisierter Arbeit, Schichtarbeit und prekären Verhältnissen. In die
317 strukturschwachen Regionen gehören weniger die Ableger von Unternehmen der
318 Boomregionen, wichtiger sind dort verortete Geschäftssitze.

319

320 Entwicklungsschwerpunkte müssen auch dort geprüft werden, wo Strukturen zerfallen sind,
321 Gewerberuinen, Industriebrachen oder leerstehende Büro-/ Wohngebäude umgenutzt
322 werden können.

323

324

325 **5.3 Technologie- und Wissenschafts-Transfer**

326

327 In den gängigen Konzepten zur Regionalentwicklung wird häufig ein großer Wert auf die
328 Digitalisierung der abgehängten Regionen gelegt. Man geht davon aus, dass bei einer
329 flächendeckenden Versorgung mit Glasfasernetzen auf dem Land neue Möglichkeiten der
330 Produktion, Dienstleistung und Beschäftigung entstehen. Die abgehängten Regionen sollen
331 also durch Start-ups und durch Digitalwirtschaft gerettet werden. In den Medien erscheinen
332 immer wieder Berichte über vielversprechende Start-ups auf dem Land. Diese Beispiele
333 zeigen, was vielleicht möglich wäre - aber nicht, was sich hauptsächlich entwickelt. Nämlich
334 eine Zentralisierung der Digitalwirtschaft, Stärkung der wirtschaftsgeographischen „Euro-
335 Banane“, einem Reichtumsgürtel von Hamburg über Südholland, Rheinland, Rhein-Main,
336 Oberrhein, München bis Wien.

337

338 Aber natürlich würde die Digitalisierung einer solchen korrigierenden Regionalpolitik
339 Möglichkeiten schaffen. Beispielsweise kann sie es erleichtern, Arbeitsplätze zu
340 dezentralisieren und zu verlegen. Eine aktive Regionalförderung könnte also allein schon
341 durch die Schaffung von Heimarbeitsplätzen oder dezentralen Standorten der weiteren
342 räumlichen Zusammenballung von Arbeit und Arbeitsplätzen zumindest ein wenig
343 entgegenwirken.

344

345 Auch regionale Produktionskreisläufe ließen sich durch die Digitalisierung fördern, weil sie
346 Plattformen für räumlich stärker verteilte Produktions- und Dienstleistungsstandorte liefern
347 könnten. Bereits heute gibt es Datenbanken und Ausschreibungsplattformen, die regionale
348 Produzenten und Zulieferer miteinander vernetzen.

349

350 **Digitalisierung kann und soll für eine nachhaltige Energiepolitik eingesetzt werden.**

351

352 Eine aktive Regionalpolitik muss aber noch weitergehen und flankierend zu neuen
353 dezentralen Tätigkeiten auch Forschungseinrichtungen und Universitäten teilweise
354 dezentralisieren und Wissenschaftszentren in abgehängten Regionen aufbauen und fördern
355 - also die Entstehung alternativer regionaler Cluster systematisch initiieren und fördern.

356 **6 Jedem Bürger muss in jeder Stadt und in jeder Region eine**
357 **ausreichende Daseinsvorsorge garantiert und zur Verfügung gestellt**
358 **bekommen.**

359
360 In der deutschen Regionalpolitik wird derzeit mit Ortskonzepten (Zentrale-Orte-Konzept)
361 operiert, an denen Grundausstattungen der Daseinsvorsorge festgemacht werden. Allerdings
362 natürlich, wie immer in der deutschen Politik: Unverbindlich und ohne Rechtsanspruch für die
363 Bürger*innen.

364
365 In dieser staatlichen Raumplanung wird zwischen Ober-, Mittel- und Unterzentren
366 unterschieden. Dabei sollen Mittelzentren ein Einzugsgebiet von 30.000 bis 35.000
367 Menschen haben und in 45 Minuten erreichbar sein, Unterzentren einen Einzugsbereich
368 zwischen 7.000 und 10.000 Menschen. Ein Unterzentrum dient der Grundversorgung der
369 Einwohner aus dem Umland. Es sollte eine Vielfalt an zentralen Einrichtungen aufweisen.
370 Das muss aber durchgesetzt werden. Eine Konzentration auf die Stärkung von Unterzentren
371 und ein Unterzentren-/Mittelzentren-Konzept wäre ein Fortschritt. Allerdings fehlt es
372 weitgehend an Instrumenten (und am Willen) zur Durchsetzung. Darüber hinaus geht es
373 aber nicht nur um den Gegensatz Metropole/Land. Auch in ärmeren städtischen Regionen
374 gibt es große Versorgungslücken, die gefüllt werden müssen.

375
376 Ausdünnen der Daseinsvorsorge und die Beschränkungen der staatlichen Ausgaben hatten
377 aber die Divergenz im Eurogebiet beschleunigt. Zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge und
378 Förderung eines sozialen/ kulturellen Umfelds muss das Spardiktat beseitigt werden.
379 Aufsetzend darauf werden dann verpflichtende Standards entwickelt: Öffentliche Leistungen
380 wie der Zugang zu Bildung und Schulen, die Versorgung mit Krankenhäusern und
381 Pflegeeinrichtungen sowie der öffentliche Nahverkehr müssen verbindlich und rechtlich
382 zwingend zur Verfügung gestellt werden. Zuständig dafür sind die staatlichen und
383 kommunalen Körperschaften.

384
385 Solche Standards gibt es in Ansätzen bereits. In Deutschland beispielsweise formulieren die
386 Kassenärztlichen Vereinigungen Ärzteschlüssel pro zehntausend Einwohner, Sportverbände
387 definieren Regeln zur Erreichbarkeit und Ausstattung von Sportstätten und dergleichen
388 mehr. Auch die kommunalen Aufsichtsbehörden legen Mindeststandards fest Das alles steht
389 bisher allerdings unverbindlich und unverbunden nebeneinander. Diese Regeln und
390 Richtwerte sollten also überprüft, angepasst und vor allem verbindlich gemacht werden.

391 **7 Statt Wettbewerb: Zusammenarbeit von Kommunen,**
392 **Planungsverbänden, Ländern**

393

394 Nun hat Politik aber auch immer ihre ideologische und vor allem ihre interessensgeleitete
395 Seite. Wirtschaft und Konzerne haben kein Interesse an ausgleichender Regionalpolitik. Sie
396 sind an der Stärkung eines Metropolenmodells mit ausgelagerten Werkbänken und
397 entsprechendem Standortdumping interessiert.

398

399 Für eine alternative Kommunal- und Regionalpolitik ist aber generell und explizit die Aufgabe
400 des "Wettbewerbs"-Konzepts notwendig. Es ist richtig, dass die kommunale
401 Selbstverwaltung eine wesentliche Säule der Demokratie ist. Kommunalparlamente,
402 Stadträte mit Rechten und Kompetenzen ermöglichen Bürgerbeteiligung. Allerdings ist
403 schnell Schluss mit der Bürgerbeteiligung, wenn der "Wettbewerb" unter den Kommunen
404 tobt. Wenn neue Gewerbegebiete und Investitionen notwendig sind, um die
405 Steuereinnahmen zu erhöhen, diktiert sofort wieder "die Wirtschaft" das Geschehen und die
406 Konditionen und keineswegs die "Bürger*innen".

407

408 Für eine alternative Regionalpolitik muss die kommunale Dumping-Konkurrenz durch die
409 Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen ersetzt werden, um in größeren
410 Planungsverbänden definierte Standards zu gewährleisten und gemeinsame
411 Entwicklungsziele umzusetzen.

412

413 **7.1 Wir wollen mehr Demokratie auch in der Industrie fördern (aus**
414 **Bundestagswahlprogramm)**

415

416 Gelder für Forschung und Entwicklung, für die Stärkung einer regionalen Industriestruktur sollen
417 durch regionale Wirtschafts- und Transformationsräte kontrolliert werden, in denen neben der
418 Landesregierung und Unternehmen auch Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände
419 gleichberechtigtes Stimmrecht haben.

420 Demokratische öffentliche und genossenschaftliche Eigentumsformen können in Zukunft im
421 Mittelpunkt einer nichtkapitalistischen Wirtschaftsweise stehen. Genossenschaften und
422 Belegschaftsbetriebe bauen auf Wissen, Erfahrung und Kompetenzen der Beschäftigten auf und
423 geben ihnen mehr Möglichkeiten, über Art und Inhalt der Produktion mitzubestimmen.

424 • Staatliche Fördergelder müssen vorrangig für ökologische Modernisierung, regionale Strukturpolitik
425 in wirtschaftlich abgehangenen Regionen und für Genossenschaften verwendet werden.

426 Genossenschaften müssen in allen Bereichen der staatlichen Wirtschaftsförderung gleichberechtigt
427 berücksichtigt werden.

428 • Wir fördern Unternehmen, die ganz oder zum Teil im Eigentum der Belegschaft stehen, durch
429 Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Im Forschungsförderungsgesetz wollen wir einen
430 verbindlichen Anteil für Grundlagenforschung im Bereich der solidarischen Ökonomie verankern.
431 Zudem wollen wir eine sozialökologische Wirtschaftskammer einrichten, die regionale
432 Leuchtturmprojekte und Unternehmensgründungen im Bereich solidarischer Ökonomie durch
433 Beratung und finanzielle Förderung unterstützt.

434 • DIE LINKE unterstützt Belegschaften, die ihre in die Krise geratenen Betriebe in Eigenregie
435 weiterführen wollen: Staatliche Subventionen an Unternehmen und Hilfen in wirtschaftlichen Krisen
436 müssen, wo die Belegschaften dieses befürworten, in Form von kollektiven Belegschaftsanteilen
437 vergeben werden. Bei dem Verkauf von Unternehmen müssen die Belegschaften ein
438 Vorinformations- und Vorkaufsrecht erhalten.

439

440 **7.2 EU-Wettbewerbsrecht**

441

442 Die Grundlagenverträge der EU, der Vertrag über die Europäische Union und der Vertrag über die
443 Arbeitsweise der Europäischen Union sind von einem engmaschigen Netz an Rechtsvorschriften und
444 Regelwerken umgeben, die den Interessen großer Wirtschaftskonzerne und Banken dienen und tief
445 ins Räderwerk der Ökonomie auf nationalstaatlicher Ebene eingreifen. So schränken die insbesondere
446 von den führenden Nationalstaaten mitgestalteten Wettbewerbsrechtlichen Instrumente der EU zu
447 denen gerade auch das Beihilferecht gehört inzwischen in immer unerträglicherem Ausmaß die
448 gesellschafts- und wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten ein.

449

450 Einschränkungen staatlicher Handlungsfähigkeit nicht hinnehmbar

451 Die Einschränkungen lassen sich exemplarisch zeigen an den EU-Struktur- und Investitionsfonds und
452 den mit ihnen verbundenen restriktiven Regelungen für Kofinanzierungen, Beihilfen und
453 Ausschreibungen öffentlicher Auftraggeber. Sie be- und verhindern, dass sich insbesondere auf
454 lokaler und regionaler Ebene Klein- und Kleinstunternehmen und mittelständische Unternehmen
455 breit entfalten können und mithin der Aufbau stabiler, langfristig sich selbst tragender Wirtschafts-
456 und Wertschöpfungskreisläufe mit vielen zukunftsfähigen Arbeitsplätzen gelingt. Damit wird dem
457 dringend notwendigen und längst überfälligen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und
458 Gesellschaft schwerer Schaden zugefügt

459

460 Deshalb sind Beihilfen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) über derzeit geltende
461 Subventionswerte in der De-Minimis-Verordnung hinaus so anzuheben und auszugestalten, dass eine
462 für Arbeit und Umwelt wirksame Mittelstandspolitik in strukturschwachen Regionen in Gang gesetzt
463 werden kann. Im Agrarsektor sind Beihilfen auf umweltgerechten und ressourcenschonenden
464 Landbau (sowohl integriert als auch ökologisch) zu beschränken und kräftig über die derzeit
465 genehmigungspflichtigen Subventionen hinaus anzuheben.

466

467 Schwellenwerte für öffentliche Ausschreibungen von Aufträgen sind zu streichen. Die öffentlichen
468 Auftraggeber sollen selbst entscheiden, ob sie ihre Aufträge für Bauen, Wohnen, Arbeit und Umwelt
469 europaweit oder national und mithin zumeist lokal oder regional ausschreiben.

470

471 Grundlegende Verbesserungen für eine lokale und regionale Struktur- und Investitionspolitik werden
472 sich jedoch letztlich nur erreichen lassen, wenn das restriktive Regelwerk und mit ihm das EU-
473 Wettbewerbsrecht vollständig fällt. Erreichen lässt sich das aber nur, wenn das gesamte EU-
474 Vertragssystem abgeschafft wird und es zu einem Neustart der EU kommt, der die Türen öffnet für
475 eine demokratische und sozial-ökologische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

476

477

478 **Beschlossen 1.10.21 LAG Ökologische Plattform Baden-Württemberg**

479

480 Basis dieses Antrags: Alternative Regionalpolitik (Aus isw 120 Roland Charles Pauli
481 BOOMSTÄDTE und Schrumpfreionen - Das Auseinanderdriften der Regionen und das
482 Versagen der Regionalpolitik in der Eurozone) und Antrag Z11 Landesparteitag der LINKEN
483 von Matthias Böhringer.